

# Gemeinde Muldestausee

## Beschlussantrag Nr.: 325/2020

☒ öffentlicher Teil

☐ nichtöffentlicher Teil

Sachbearbeiter:	Bürgermeister F. Gieber	Beteiligtes Fachamt:
Federführende Stelle:	Bereich Bürgermeister	

Beratungsfolge				
Gremium		Datum	dafür	dagegen
Ortschaftsrat Burgkernitz				
Ortschaftsrat Friedersdorf				
Ortschaftsrat Gossa				
Ortschaftsrat Gröbern				
Ortschaftsrat Krina				
Ortschaftsrat Mühlbeck				
Ortschaftsrat Muldenstein				
Ortschaftsrat Plodda				
Ortschaftsrat Pouch				
Ortschaftsrat Rösa				
Ortschaftsrat Schlaitz				
Ortschaftsrat Schmerz				
Ortschaftsrat Schwemsal				
Ausschuss für Soziales, Schule, Kultur, Jugend und Sport				
Bau- und Vergabeausschuss				
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	08.12.2020	6x	3x
Jugendgemeinderat				
Gemeinderat	Beschlussfassung	05.01.2021		

### Kurztitel:

Erarbeitung und Umsetzung „Nachhaltigkeits- und Dekarbonisierungsstrategie 2020 - 2050“ im Rahmen des Energieeffizienznetzwerks der Energieavantgarde Anhalt e.V. „Nachhaltigkeit und CO<sub>2</sub>-senkende Technologien in der Nah- und Fernwärmeversorgung“

### Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Muldestausee begreift die Herausforderungen des Klimawandels allgemein sowie des Strukturwandels einer ehemaligen Tagebauregion als Entwicklungschance und beschließt, auf Grundlage der Initialberatung Klimaschutz vom 10.12.2015 und dem Integrierten Gemeindeentwicklungskonzept von April 2018, die Erarbeitung und Umsetzung einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie für den Zeitraum von 2020 bis 2050.

Die Gemeinde Muldestausee setzt sich das Ziel, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, einen wesentlichen Beitrag zur Dekarbonisierung der Energiewirtschaft einerseits und einer nachhaltig ausgestalteten Kreislaufwirtschaft vor Ort zu leisten. Angestrebt werden die CO<sub>2</sub>-Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 sowie das Erreichen des Status „klimaneutral plus“ bis 2050.

Der Gemeinderat und die Verwaltung bekennen sich im Kern zur Förderung:

- des Ausbaus „Grüner Energie“ (Maximierung der Nutzung regenerativer Energien, insbesondere in allen kommunalen Liegenschaften/Objekten),
- der lokalen/regionalen Kreislaufwirtschaft (Steigerung des effizienten Einsatzes langfristig verfügbarer Ressourcen und stofflicher Verwertung i.V.m. der signifikanten Reduzierung von Verbräuchen und bestmöglicher Land-, Gewässer- und Anlagennutzung) sowie der hierfür erforderlichen interkommunalen, interregionalen sowie öffentlich-privaten Zusammenarbeit,
- der Vermeidung und Minimierung von Emissionen (Reduzierung von Emissionen aus Verkehr, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, energetische Sanierung, Energiemanagement),

Hierfür tritt die Gemeinde dem durch den Projektträger Jülich geförderten Energieeffizienznetzwerk der Energieavantgarde Anhalt e.V. „Nachhaltigkeit und CO<sub>2</sub>-senkende Technologien in der Nah- und Fernwärmeversorgung“ bei und wirkt aktiv im Verbund der beteiligten Kommunen sowie des Netzwerkmanagements.

### Erläuterung:

Der im Jahr 2016 beschlossene Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung sieht für die Bundesrepublik Deutschland vor, bis zum Jahr 2015 weitgehend treibhausgasneutral zu werden. Mittelfristziel ist das Senken der Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 vorgesehen. Dieses bundesweite Ziel würde für Sachsen-Anhalt Emissionen von ca. 26,8 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent und ein Einsparziel von zusätzlichen 4,5 Millionen Tonnen zwischen 2020 und 2030 bedeuten. Am 19. Februar 2019 hat das Kabinett ein Klima- und Energiekonzept für Sachsen-Anhalt beschlossen. Erstmals wird in Sachsen-Anhalt ein Ansatz verfolgt, bei dem der Klimaschutz und die Energiewende gemeinsam zur Einsparung von Treibhausgasemissionen betrachtet werden. Dies entspricht einem klaren Bekenntnis zur Energiewende mit dem Ziel einer vollständigen Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen. Das Klima- und Energiekonzept ist an den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung angelehnt.

Die besondere Bedeutung Erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz wird bei Betrachtung der ermittelten Treibhausgasminderungspotentiale deutlich: Durch den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien und die Einsparung von Energie bei Gebäuden können die Treibhausgasemissionen in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2020 um mehr als 700.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr und bis 2030 um fast sechs Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr zum Wohl der Umwelt verringert werden.

Sachsen-Anhalt hat ein großes Potential beim kommunalen Klimaschutz: Es gibt über 200 politisch selbstständige Städte und Gemeinden. Diese haben als Planungsträger, Eigentümer von Gebäuden oder Energieversorger wichtige Aufgaben bei der Umsetzung von Energie- und Klimazielen. Gleichzeitig sind Kommunen Vorbild für private Haushalte und das Gewerbe.

Bundesweit entstehen zwei Drittel des Energiebedarfs im öffentlichen Sektor in rund 12.000 Gemeinden und Landkreisen, wobei erhebliche Einsparpotenziale bestehen und Synergieeffekte einer stärkeren interkommunalen Zusammenarbeit ungenutzt bleiben.

Daher bietet die Bundesregierung seit 2015 ein Förderprogramm für den Aufbau regionaler Energieeffizienznetzwerke für Gebietskörperschaften, sogenannte „Lernende Energieeffizienznetzwerke“ mit dem Ziel an, einen regelmäßigen und professionellen fachlichen Austausch zur Erschließung von Effizienzpotenzialen zu organisieren und zu koordinieren.

Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld werden wesentliche klimaschutzrelevante Aufgaben der Daseinsvorsorge auf Kreisebene (z.B. die Abfallentsorgung oder der ÖPNV) sowie im Bereich der Wasserver- und -entsorgung durch zwei Zweckverbände (Abwasserzweckverband Westliche Mulde und Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Gräfenhainichen) wahrgenommen.

Die Einheitsgemeinde Muldestausee führte im Jahr 2015 eine Initialberatung Klimaschutz durch, in deren Rahmen eine erste Analyse vorhandener Strukturen und Daten in den Bereichen Energie und Klimaschutz vorgenommen.

Im Ergebnis wurde die Erarbeitung eines Klimakonzeptes bzw. von Teilkonzepten (z.B. für öffentliche Liegenschaften) empfohlen, um die technischen und wirtschaftlichen Potentiale bei der Energieeinsparung, der Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien zu ermitteln. Die Erkenntnisse sollten in konkreten Maßnahmenbeschreibungen münden und gezielte Vorgaben für das Integrierte Gemeindeentwicklungskonzept sowie den zu erarbeitenden Flächennutzungsplan der Einheitsgemeinde Muldestausee (bisher 12 Einzelpläne für 13 Ortschaften) liefern.

Mehrere in der Initialberatung erarbeitete bedeutsame Ziele wurden, mangels personeller und finanzieller Ressourcen, bislang nicht erreicht.

Ein integriertes Klimaschutzkonzept wurde noch nicht erarbeitet.

Der Aufbau eines zukunftsfähigen Energiemanagements mit den hierfür erforderlichen technischen und personellen Voraussetzungen wurde noch nicht umgesetzt.

Das Planverfahren zur Aufstellung eines gemeinsamen Flächennutzungsplanes für die Einheitsgemeinde ist derzeit im Verfahren und hat den Entwurfsstatus erreicht. Bis 2022 soll dieses Instrument der Bauleitplanung finalisiert werden, womit dieses Defizit behoben wird.

Dem vorgeschaltet, wurden die mittel- bis langfristigen Ziele der Gemeinde im von 2017 bis 2018 erarbeiteten Integrierten Gemeindeentwicklungskonzept (IGEK) eingearbeitet, welches im Jahr 2019 bestätigt wurde und welches weitere Klimaschutzrelevante Zielvorgaben (stärkere Nutzung regenerativer Energien, energetische Sanierung kommunaler Gebäude etc.) enthält.

Konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz bzw. Energieeinsparung wurden und werden im Bereich der kommunalen Liegenschaften und Gebäude überwiegend im Rahmen der baulichen Sanierung in Jahresschritten bewertet und realisiert. Bei über 100 kommunalen Mietwohnungen sowie einer Vielzahl öffentlicher Gebäude (Kindertagesstätten, Schulen, Turnhallen, Vereinshäuser, Dorfgemeinschaftshäuser etc.) ist ein zunehmender Investitions-, Sanierungs- und Modernisierungstau zu verzeichnen.

Aus eigener Kraft kann die Gemeinde Muldestausee diesem nicht abhelfen. Stattdessen ist sie auf die höchstmögliche Inanspruchnahme von Fördermitteln für die Umsetzung angewiesen, was zugleich im Rahmen einer mittel- bis langfristigen Sanierungs- und Haushaltsplanung durch regelmäßige Havarien bzw. den Ausfall nicht mehr zeitgemäßer haustechnischer Anlagen wesentlich erschwert wird.

Weil in diesem Zusammenhang alle Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum, unverändert vor den gleichen bzw. ähnlichen Herausforderungen stehen, wurde bereits durch die Initialberatung im Jahr 2015 die stärkere Kooperation und Vernetzung empfohlen. Vor allem sollte die Zusammenarbeit mit der Energieavantgarde Anhalt e.V. forciert werden, weil in deren Projekten ein Reallabor zur Umsetzung der Energiewende in der Region entwickelt wurde. Dabei bündelt der Verein die Kommunikations- und Kooperationsprozesse in der Region sowie im interregionalen Maßstab. Hierzu zählen Forschungsk Kooperationen, modellhafte Vorhaben sowie die technische Bewertung und Beratung sowie ein begleitendes Monitoring des regionalen Entwicklungsprozesses.

Bislang wurde die Zusammenarbeit der Gemeinde Muldestausee mit der Energieavantgarde, wie vorgeschlagen, nicht umgesetzt.

Konkrete Potenzialabschätzungen zur langfristigen Reduzierung von Energieverbräuchen durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen sowie die Ausnutzung der örtlich verfügbaren Ressourcen zur Wärme- und Energiegewinnung wurden bislang nicht umgesetzt.

Mit dem Beschluss 324/2020 setzt der Gemeinderat der Gemeinde Muldestausee das Ziel, im Rahmen einer Potenzialstudie die Nutzung von Abwärme aus Industrie und Gewerbe zu bewerten. Ziel dieser Studie ist es, Wärmequellen zu identifizieren und zu bewerten sowie adäquate Wärmesenken zur Nutzung dieser Potenziale zu identifizieren. Im Ergebnis werden hieraus konkrete Realisierungsansätze für die technische Umsetzung energetischer Maßnahmen im Rahmen einer Grundlagenermittlung erarbeitet. Im Schwerpunkt sollen die Ergebnisse der Studie die Umsetzung des Projektes „Bioenergiedorf Neu-Muldenstein“ (Förderprojekt über das Strukturstärkungsgesetz mit angestrebter 100%-Förderung) vorbereiten sowie Verbund- und Einzelmaßnahmen für weitere Gemeindeobjekte mit besonderer Dringlichkeit zur energetischen Sanierung liefern.

Die Reichweite der Studie ist folglich inhaltlich begrenzt. Sie liefert jedoch wesentliche Erkenntnisse über die realistisch verfügbaren Potenziale der Nutzung erneuerbarer Energien in der Gemeinde Muldestausee (Wärmeerzeugung, aus Sonne, Geothermie, Biomasse) und wird erste Optimierungspotenziale aufzeigen (technische Lösungs- und Optimierungsverfahren, Aufwandsabschätzung und Zeitpläne, Wirtschaftlichkeitsanalyse und Prüfung der Förderfähigkeit).

Um einerseits die vorgegebenen (Bundes- und Landesregierung) sowie selbst gesteckten Ziele perspektivisch erreichen und andererseits die finanziellen Belastungen für die Gemeinde Muldestausee kontinuierlich reduzieren zu können (Haushaltskonsolidierung), ist es erforderlich, vorab den standardisierten energetischen IST-Stand zur CO<sup>2</sup>-Bilanz der Gemeinde (BISKO-Bewertung „Klimaneutrale Kommune“). Hierbei sind alle kommunalen Liegenschaften und Objekte einzubeziehen.

Weil die Gemeinde Muldestausee diese umfassende Bewertung und Trendfortschreibung, die Entwicklung und Einpreisung von Energieeffizienzmaßnahmen, einschließlich der Entwicklung förderfähiger und wirtschaftlich rentabler Projektentwürfe für Nah- und Fernwärme sowie die Erarbeitung der technischen Anpassungsmöglichkeiten in Quartieren und einzelnen Gebäuden nicht allein leisten kann, wird die Erarbeitung einer Nachhaltigkeits- und Dekarbonisierungsstrategie im Rahmen eines Energieeffizienznetzwerkes vorgeschlagen.

Bundesweit sind bereits 15 geförderte Netzwerke aktiv, 3 haben bereits einen Zuwendungsbescheid erhalten. Mit regionalem Bezug steht die Energieavantgarde Anhalt e.V. „Nachhaltigkeit und CO<sup>2</sup>-senkende Technologien in der Nah- und Fernwärmeversorgung“ mit einem bereits etablierten Netzwerkmanagement zur Verfügung.

Für die Netzwerkarbeit ist ein Projektzeitraum von drei Jahren gem. Förderrichtlinie mit dem Ziel, kommunale Hemmnisse zu umgehen (Haushaltsnotlage, lange Entscheidungswege, haushaltsrechtliche Vorgaben, geringe personelle Ressourcen, fehlendes Spezialwissen für energietechnische und -rechtliche Entwicklung sowie Umsetzung von Fördermaßnahmen) vorgesehen.

Mindestens sechs, jedoch höchstens 10, Kommunen erklären sich zur Zusammenarbeit im Energienetzwerk bereit und profitieren von der Zusammenarbeit, indem,

- über das Netzwerkmanagement der Energieavantgarde ein professionell moderierter Erfahrungsaustausch zur Erschließung von Effizienzpotentialen gewährleistet wird, wodurch in allen Kommunen personelle und finanzielle Ressourcen eingespart werden,
- in allen Kommunen ein nach den Bundesvorgaben standardisierter IST-Stand zur CO<sup>2</sup>-Bilanz festgestellt wird,
- die Identifikation von Maßnahmen zur Senkung der CO<sup>2</sup>-Emissionen vorgenommen wird,
- die ingenieurtechnische Entwicklung von Energieeffizienzvorhaben und die Sicherstellung der Förderfähigkeit von Investitionsvorhaben gewährleistet werden,
- auf das fachliche Wissen und die Erfahrungen eines Ingenieurverbundes von über 30 Ingenieuren unterschiedlicher Fachrichtungen und weiterer Projektpartner zurückgegriffen werden kann,
- bei bestimmten Maßnahmen bis zu 100 % Zuschuss für Investitionsvorhaben organisiert werden können,
- die Erarbeitung einer kommunalen Nachhaltigkeits- und Dekarbonisierungsstrategie nicht als „Insellösung“ einer Kommune, sondern im Verbund mit umliegenden Kommunen unter höchstmöglicher Ausnutzung von Synergieeffekten (Kreislaufwirtschaft, Wertschöpfung vor Ort, stoffliche Verwertung in der Region) erfolgt,
- von Best Practice Beispielen anderer profitiert werden kann,
- die Aus- und Weiterbildung der verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen auf einem einheitlichem und aktuellen Stand der Technik und technologischen Möglichkeiten erfolgt,
- Beschaffung und Vergaben zur Kostenreduzierung nach Möglichkeit gemeinsam vorgenommen werden können.

Mit den Mitgliedskommunen des Städtebundes Dübener Heide sowie weiteren benachbarten kleineren Kommunen (z.B. Raguhn-Jeßnitz, Löbnitz) steht die für die Netzbildung erforderliche Anzahl an Kommunen mit den gleichen Herausforderungen zur Verfügung, die darüber hinaus räumlich miteinander verwoben sind.

Die Finanzierung der Netzwerkarbeit im Projektzeitraum über drei Jahre erfolgt über eine Antragstellung des Netzwerkmanagements im Rahmen der Kommunalrichtlinie des Bundes. Die Förderquote beträgt 70 %.

Je Kommune werden im ersten Projektjahr 20.000 Euro Zuschuss gewährt, im zweiten und dritten Projektjahr jeweils 10.000 Euro.

Der Eigenanteil der Kommunen variiert zwischen 200 bis 500 Euro, je nach Anzahl der insgesamt mitwirkenden Kommunen.

Sofern von Beginn an mindestens 6 Mitgliedskommunen ihre Mitwirkung erklären, kann die Phase der „Gewinnungsphase“ übersprungen und die Netzwerkphase beantragt werden.

Die rechtliche Grundlage der Kooperation bildet eine Kooperationsvereinbarung, die vom Projektträger Jülich vorgegeben wird.

Sobald das Energienetzwerk gebildet wurde, wird dieses durch den Netzwerkmanager repräsentiert und ist zugleich der Empfänger der Förderung. Die beteiligten Kommunen entrichten ihren Eigenanteil an das Netzwerkmanagement, welches in der Region nur in Form der Energieavantgarde Anhalt verfügbar ist.

Die Aufwendungen für die Mitwirkung und Mitgestaltung im Energieeffizienznetzwerk sind als mittel- bis langfristig wirkende Haushaltskonsolidierungsmaßnahme zu verstehen

**Finanzielle Auswirkungen:**

**a) einmalig:**

**b) als Folgekosten (nach Jahresscheiben):**

**c) Haushaltsstelle, Sachkonto, Produkt:**

**Anlagen:**

- Faktenblatt
- Präsentation
- Fördermöglichkeiten

Datum und Unterschrift Bürgermeister Ferid Giebler